

Ratsmitglieder WfM

Alefelder, Stephan

WfM

Fuchs, Timo

WfM

Schneider, Ulrich

WfM

Schneider, Wilfried

WfM

Es fehlten entschuldigt:Ratsmitglieder fraktionslos

Sturm, Peter

fraktionslos

Ratsmitglieder WfM

Liebig, Rolf

WfM

Meier, Hans Lothar

WfM

von der Verwaltung

Hartwig Eggert

Manfred Himmeröder

Monika Krüger

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Er begrüßt die anwesenden Bürgerinnen und Bürger sowie die Vertreter der Presse.

Die in der Einladung vorgesehenen Tagesordnungspunkte **8** (19. Änderung des Bebauungsplans Nr. 36 „Gewerbegebiet Rodt“), **10** (77. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 87 „Kindergarten Landwehrstraße“) und **12** (Antrag auf Einbeziehung von Außenbereichsflächen in die Satzung zur Festlegung der Grenzen des im Zusammenhang bebauten Ortes Erlinghagen gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB) werden verwaltungsseitig zurückgezogen.

Die Tagesordnung ändert sich in der Nummerierung entsprechend.

Öffentliche Sitzung:

1	Haushalt 2012 - Ermächtigungsübertragungen	Drucksache Nr. BV/042/12/1
----------	---	--------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Rat beschließt – unter Vorbehalt der Zustimmung der Kommunalaufsicht – die Ermächtigungsübertragungen in Höhe von 132.618,20 € für die Ergebnisrechnung und in Höhe von 313.916,08 € für die Finanzrechnung.	

2	Sanierungsplan im Rahmen des Stärkungspaktgesetzes	Drucksache Nr. BV/058/12
----------	---	------------------------------------

Die Vorstellung des Sanierungsplanes in der heutigen Sitzung des Rates ist als Einbringung in die politischen Gremien zu sehen. In den kommenden Wochen soll der Sanierungsplan in den Fraktionen sowie den Fachausschüssen eingehend beraten werden. Der abschließende Ratsbeschluss ist für den 26.06.2012 vorgesehen.

Gemeindekämmerer Himmeröder stellt den Sachverhalt dar. Er verweist insbesondere auf den Umstand, dass es der Gemeinde Marienheide nicht möglich sein wird, den vom Gesetzgeber geforderten Haushaltsausgleich bis 2016 darzustellen. Zu dieser Erkenntnis ist auch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW gekommen, die die Gemeinde in beratender Funktion in den zurückliegenden Wochen unterstützt hat. Dieses Strukturproblem teilt die Gemeinde Marienheide mit weiteren 9 Kommunen, die die gesetzlichen Vorgaben ebenfalls nicht erfüllen können. Ungeachtet dessen soll es seitens des Landes NRW keine Ausnahmen oder Sonderregelungen für die betroffenen Kommunen geben.

Den Ausführungen des Kämmerers schließt sich eine längere Diskussion an, die sich in der Hauptsache auf Detailfragen zu den anstehenden Beratungen bezieht.

Im Zusammenhang mit diesem Tagesordnungspunkt wird ein Antrag der CDU-Fraktion von TOP 3 vorgezogen, der zum Inhalt hat, die Verwaltung zu beauftragen, sich intensiv an dem Dialog mit den anderen Kommunen zu beteiligen und sich für einen gemeinsamen Antrag zur Änderung der gesetzlichen Vorgaben stark zu machen.

Nach kurzer Diskussion wird der Antrag **einstimmig (6 Enthaltungen)** angenommen.

Um 17.04 Uhr ruft der Vorsitzende die Einwohnerfragestunde auf.

Es wurden keine Fragen gestellt.

3	Anträge	Drucksache Nr.
----------	----------------	----------------

3.1	Antrag der UWG-Fraktion, Änderung der Hauptsatzung	Drucksache Nr. AT/059/12
------------	---	------------------------------------

Fraktionsvorsitzender Schellberg führt aus, dass es der UWG-Fraktion mit dem Antrag nicht um eine generelle Änderung der Hauptsatzung gehe, vielmehr halte seine Fraktion eine Einwohnerversammlung, wie sie in der Hauptsatzung vorgesehen sei, zum Thema Stärkungspakt für erforderlich.

Herr Coroly weist darauf hin, dass ein entsprechender Antrag der CDU-Fraktion in der letzten Ratssitzung erörtert, jedoch nicht zur Abstimmung gebracht wurde. Von daher schließe sich die CDU-Fraktion dem Antrag an.

Nach ausführlicher Erörterung fasst der Rat den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: Ja 21, Nein 5
Zur Information aller Einwohnerinnen und Einwohner über den Sanierungsplan im Rahmen des Stärkungspaktgesetzes führt die Gemeinde Marienheide vor der abschließenden Beratung im Rat der Gemeinde am 26.06.2012 eine Einwohnerversammlung durch.	

3.2	Antrag CDU-Fraktion, Besetzung der Schulleiterstelle an der KGS Marienheide	Drucksache Nr. AT/061/12
------------	--	------------------------------------

Herr Coroly erläutert für die CDU-Fraktion den Antrag. Er hält eine Abstimmung über den Antrag in der heutigen Ratssitzung für erforderlich, um schnellstmöglich die Schulleiterstelle an der KGS zu besetzen und damit auch ein Zeichen für den Bestand der Schule zu setzen.

Den Vorschlag der Verwaltung, den Antrag einvernehmlich zur weiteren Beratung in den Schulausschuss zu verweisen, lehnt die CDU-Fraktion ab.

Der Antrag der CDU Fraktion wird danach mit **6 Ja- und 18 Nein- Stimmen bei 2 Enthaltungen** abgelehnt.

3.3	Antrag der Ratsmitglieder Alefelder und Fuchs, Herabstufung von Gemeindestraßen	Drucksache Nr. AT/062/12
------------	--	------------------------------------

Der Antrag wird **einstimmig** zur weiteren Beratung an den Bau-, Planungs- und Umweltausschuss verwiesen.

4	Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 27 "Lingese Talsperre"; a) Ergebnis der Beteiligungsverfahren gem. §§ 2 Abs. 2, 3 und 4 Abs. 1 u. 2 BauGB b) Satzungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/050/12
----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
-------------------	------------------------------------

Es wird beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 27 „Lingese Talsperre“ für die Bereiche „Kattwinkel“ und „Wernscheider Berg“ aufzuheben.

5	Satzung zur Festlegung der Grenzen des im Zusammenhang bebauten Ortsteils Wernscheider Berg gem. § 34 Abs. 4 Nrn. 1 und 3 BauGB; a) Ergebnis der Beteiligungsverfahrens gem. § 34 Abs. 6 i. V. mit § 13 Abs. 2 Nrn. 2 u. 3 BauGB b) Satzungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/051/12
----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>a) Über die vorgetragenen Anregungen wird wie in der beigefügten Liste dargelegt beschlossen.</p> <p>b) Die Satzung zur Festlegung der Grenzen des im Zusammenhang bebauten Ortsteils Wernscheider Berg gem. § 34 Abs. 4 Nrn. 1 und 3 des Baugesetzbuches (BauGB) wird in Verbindung mit § 7 GONW in den zur Zeit geltenden Fassungen als Satzung beschlossen.</p>	

6	Satzung zur Festlegung der Grenzen des im Zusammenhang bebauten Ortsteils Kattwinkel gem. § 34 Abs. 4 Nrn. 1 und 3 BauGB; a) Ergebnis der Beteiligungsverfahrens gem. § 34 Abs. 6 i. V. mit § 13 Abs. 2 Nrn. 2 u. 3 BauGB B b) Satzungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/053/12
----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>a. Über die vorgetragenen Anregungen wird wie in der beigefügten Liste dargelegt beschlossen.</p> <p>b. Die Satzung zur Festlegung der Grenzen des im Zusammenhang bebauten Ortsteils Kattwinkel gem. § 34 Abs. 4 Nrn. 1 und 3 des Baugesetzbuches (BauGB) wird in Verbindung mit § 7 GONW in den zurzeit geltenden Fassungen als Satzung beschlossen.</p>	

7	18. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 36 "Gewerbegebiet Rodt"; Aufstellungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/038/12
----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Es wird beschlossen, für den Bebauungsplan Nr. 36 „Gewerbegebiet Rodt“ ein 18. Änderungsverfahren durchzuführen. Hierbei soll die Verkehrsfläche auf der Südseite der Eichendorffstraße zwischen den Einmündungen B 256/Eichendorffstraße und Eichendorffstraße/Ostlandstraße bis auf die Hinterkante der heute vorhandenen Bordsteinanlage zurückgenommen werden. Der entfallene Teil der Verkehrsfläche wird stattdessen als Gewerbegebiet ausgewiesen.</p>	

8	76. Änderung des Flächennutzungsplanes und 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42 "Brucher-Talsperre" a) Aufstellungsbeschluss FNP-Änderung b) Modifizierung Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan vom 09.12.2008	Drucksache Nr. BV/041/12
----------	--	------------------------------------

RM Hettich nimmt gem. § 31 GO an der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes nicht teil.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig, eine Enthaltung
<p>a) Es wird beschlossen, für den Flächennutzungsplan ein 76. Änderungsverfahren durchzuführen. Hierbei soll die im Geltungsbereich enthaltene Zweckbindung der Sonderbaufläche als „Erholungsheim“ aufgegeben werden. Zukünftig erfolgt die Darstellung einer Sonderbaufläche ohne Inhaltsbestimmung.</p> <p>b) Der Aufstellungsbeschluss zur 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42 „Brucher Talsperre“ vom 09.12.2008 wird dahingehend modifiziert, dass die derzeitige Ausweisung des Sondergebietes mit der Zweckbindung „Erholungsheim“ in drei unterschiedliche Nutzungsbereiche aufgeteilt wird. Hierdurch soll die Realisierung eines Hotel- und Gaststättenbetriebes, einer Fläche für Wohnmobile und eines Mobilheimplatzes planungsrechtlich ermöglicht werden.</p>	

		Drucksache Nr.
--	--	----------------

9	3. Satzung über die Einbeziehung von Außenbereichsflächen für den im Zusammenhang bebauten Ortsteil Jedinghagen a) Ergebnis des Beteiligungsverfahrens gem. § 34 Abs. 6 i. V. mit § 13 Abs. 2 Nrn. 2 u. 3 BauGB b) Satzungsbeschluss	BV/048/12
----------	---	------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>c. Über die vorgetragenen Anregungen wird wie in der beigefügten Liste dargelegt beschlossen.</p> <p>d. Die 3. Satzung über die Einbeziehung von Außenbereichsflächen zur Festlegung des im Zusammenhang bebauten Ortsteils Jedinghagen gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) wird in Verbindung mit § 7 GONW in den zur Zeit geltenden Fassungen als Satzung beschlossen.</p>	

10	Satzung über örtliche Bauvorschriften zur Regelung der Gestaltung von Werbeanlagen im Hauptort Marienheide a) Ergebnis des Beteiligungsverfahrens b) Satzungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/054/12
-----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>a) Da keine Anregungen während des Beteiligungsverfahrens vorgetragen wurden, erübrigt sich eine Beschlussfassung hierzu.</p> <p>b) Es wird beschlossen eine Satzung über örtliche Bauvorschriften zur Regelung der äußeren Gestaltung von Werbeanlagen im Hauptort Marienheide gem. § 86 Abs. 1 Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 01.03.2000 (GV. NRW S. 256/SGV232) in Verbindung mit §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666/SGV. NRW 2023) in den zur Zeit gültigen Fassungen zu erlassen.</p>	

11	Ausgeführte Ratsbeschlüsse seit der letzten Ratssitzung am 13.03.2012	Drucksache Nr. IV/056/12
----	--	------------------------------------

Der Rat der Gemeinde nimmt den Bericht zur Kenntnis.

12	Mitteilungen und Verschiedenes	Drucksache Nr.
----	---------------------------------------	----------------

Aktuelle Haushaltssituation

Ein Bericht zur aktuellen Haushaltssituation liegt allen Ratsmitgliedern als Tischvorlage vor.

- RM Viebahn fragt an, ob es eine ordnungsrechtliche Möglichkeit der Reglementierung für das Sammeln durch Schrotthändler gebe. Die empfundene Lärmbelästigung führe in der Bevölkerung zu Beschwerden.

BM Töpfer verneint dies. Er weist jedoch darauf hin, dass durch gesetzliche Änderungen in absehbarer Zeit mit Verbesserungen zu rechnen sei.

Vorsitzender:

Schriftführer

gez.
Uwe Töpfer
Bürgermeister

gez.
Bernd Burchardt